

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

206 (5.9.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett
monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., angefordert durch unsere Träger monatlich
1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit:
7-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.:
Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Zus
rungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 14 d. vorm., für groß
Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe

Wenn die Toten erwachen.

Karlsruhe, 4. September.

Die Aufmerksamkeit der Behörden und der Öffentlichkeit muß weiter auf Vorgänge innerhalb des Verbandes der Reichswehrtruppen gerichtet werden. Im Balkan sind die Dinge ja glücklicherweise weit gediehen, daß Graf v. d. Goltz, gestützt auf eine Armee deutscher und russischer Truppen, Politik auf eigene Faust gegen die Letzten, gegen die Bolschewiki und jetzt auch noch gegen die Entente macht und die Befehle der deutschen Regierung so ausführt, wie er sie versteht.

Man braucht übrigens gar nicht nach dem fernem Osten zu gehen. Weit vom Schuß, d. h. von der Zentralkriegsleitung, pflegt die Willkür militärischer Oberbefehlshaber immer sehr stark entwickelt zu sein. Sie macht sich mitten unter uns bemerkbar und hält es gar nicht mehr für nötig, schon die Maske aufzubehalten. Im Laufe dieser Woche sind dem „Vorwärts“ Fälle von ganz ungehöriger Anfeindung der Republik und höhrender Beschimpfung der augenblicklichen Staatsleiter bekannt gegeben worden. Da ist ein Rittermeister Schimmelpfennig vom Reichswehrregiment Nr. 18. Der hat es für gut und für gerechtfertigt gehalten, seinen Soldaten gegenüber zu äußern: „Was will diese Regierung? Wenn sie was will, dann steigt sie.“ In demselben schamlosen und schandvollen Ton gab er dann seine Weisheit über Klose und Ebert zum besten. Da ist ein Oberst Reinhold vom Reichswehrregiment 29. Der kritisiert die Mitglieder der Regierung gewohnheitsmäßig vor „Geinbold“, entsetzt Soldaten und Vorgesetzte, deren republikanische Bestimmung ihm demmiziert wird und erzieht sie mit Beulen von der monarchistischen Conter.

Fälle solcher Art veröffentlichte Blätter der Unabhängigen behandeln die „Recht“, oft Nummer für Nummer und diese Mißhandlungen werden nicht immer verlogen oder übertrieben sein. Es ergibt sich daraus von der Bestimmung und Zuverlässigkeit der Reichswehrtruppen etwa folgende Charakteristik: Die Monarchisten sind zu einem Teile republikanisch demokratisch, sie halten zur Regierung und werden sich hoffentlich auch als brauchbar erweisen, wenn ihre Brauchbarkeit gegen rechts einmal erprobt werden sollte. Das ist — geben wir uns einmal Illusionen hin — im Offizierkorps nicht oder nur vereinzelt der Fall. Es passieren zu viele Entlohnungen, bei denen das monarchistisch ererbte Temperament auf die Zunge springt. Immer passiert das den Offizieren und von keiner künftigen Ausnahme ködt man, daß auch ein Offizier einmal vor der Front seine Kameraden an die veränderten Verhältnisse erinnert hätte. Das Offizierkorps der republikanischen Reichswehrtruppe ist freilich jung. Noch hat sich der Bestimmung und dem Klassenbewußtsein nach seine völlig homogene Gesellschaftsformation aus ihm entwickelt. Der Konsolidationsprozeß ist erst im Gange. Aber man braucht kein Prophet zu sein; gelangt es der Regierung nicht, ein sehr gründliches Ausschereverfahren nach ihrem eigenen Interesse unter dem Offizierkorps vorzunehmen, dann entwickelt sich in ihm eine Mentalität von ganz charakteristisch-monarchistischem Charakter. Dann wird sehr bald eine zweite Parole: „Auf den Tag!“ ausgegeben werden und unter dieser wird dann selbstverständlich der Ton der wieder-aufgerichteten Monarchie und des neu einsetzenden Militarismus zu verstehen sein.

Zu der Richtung dieser Bestrebungen wird das Offizierkorps durch die Abrüstung bis zum Niveau der Vertragsbestimmungen unterstellt. Wer zu entlohn ist, darüber entscheidet das Offizierpersonal und beim Auswahlfahren wird schon darauf geachtet werden, daß ein möglichst rein monarchistischer Rest zurückbleibt. Auch unter den Mannschaften. Freilich nur unter der Voraussetzung, daß das Offizierkorps hierbei freie Hand bekommt oder durchsehen kann, was es will, kommt die Abrüstungsbestimmung ihm zugute. Wenn die Regierung dafür Sorge trägt, daß ganz zuverlässige Leute im Interesse der Republik die Entlohnungsnotwendigkeiten wegen, dann kann im Gegenteil den Monarchisten ein ganz hübscher Nebenprodukt bereit werden. Tut das die Regierung nicht, so jagt sie viele Tausende, die bisher als Soldaten demokratische Republikaner waren, nach der Entlassung zu den Sparschützen und zurück bezieht sie eine Mitternacht, die bei der ersten besten Gelegenheit einen Schritt in die Rechte ihrer Reichlichkeit verlegen wird, an dem sie genau haben dürfte.

Noch ist alles zu retten. Aber es ist höchste Zeit, daß mit der Ausmerzung der monarchistischen Mißstände und ihrer Träger im Heer begonnen wird. Spätestens dann natürlich nicht dabei verstanden werden. Es ist dummes Gedwöh von den Unabhängigen und Sparschützen, daß die Sache schon längst gelöst sein sollte, und daß heute überhaupt kein Monarchist mehr in der Armee sein dürfte. Ein solcher Läuterungsprozeß vollzieht sich eben nicht so schnell wie der Uebertritt eines ehemaligen Kriegerführers zum Orden vom Ehrwürdigen Spornstabs und wie die Novemberüberläufer, gelager Arbeiter zu der U.S.P.-Gefahrtschaft. Frankreich lehrt. Wie lange so ein Prozeß dauert. Brönzig Jahre nach Erklärungen der Republik wäre dort die militärische Monarchie zum Siege gelangt, wenn der General Boulanger ein Auel und kein Wackelknecht gewesen wäre und weitere zehn Jahre später kam im Dreißigjahrigen Kriege, daß die ganze

aber Offizierschicht monarchistisch bis auf die Knochen gewesen ist. Auch damit ist die Republik Frankreich fertig geworden, als die Energie des hervortretenden Staatsmannes Waldeck-Rousseau an die Säuberungsaktion ging. Wir brauchen keine Angst zu haben, wenn die Regierung bei uns eine ähnliche Energie entfaltet.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Br. Berlin, 4. Sept. Die deutsche Regierung hat ihren Vertreter der Verfassung, dem Ministerpräsidenten Clemenceau auf die Note über die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich Deutsch-Oesterreichs nachfolgende Antwort zu übergeben:

Die a. und a. Regierungen sehen nach ihrer Note vom 2. d. M. die Vorfrist des Artikels 61, Abs. 2 der deutschen Reichsverfassung über das Recht der Beteiligung Deutsch-Oesterreichs am Reichsrat als eine förmliche Verletzung der Bestimmungen des Artikels 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen die erforderlichen Maßnahmen trifft, um diese Verletzung durch Kraftloserklärung des Artikels 61, Absatz 2 zu beseitigen.

Die deutsche Regierung erklärt hierzu folgendes: Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der a. und a. Regierungen am 29. Mai d. J. überreichten Bemerkungen zu den Friedensbedingungen bei Erörterung des Artikels 80 der Bedingungen darauf hingewiesen, daß Deutschland die Absicht gehabt habe, nach dem Vertriebe der deutsch-österreichischen Grenze gewalttätig zu verfahren, daß es aber nicht die Verpflichtung übernehmen könne, sich einem etwaigen Wunsche der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersetzen. Die a. und a. Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. darauf hingewiesen, daß sie von dem deutschen Verzicht auf eine gewaltsame Verletzung der deutsch-österreichischen Grenze Kenntnis nehmen, Oesterreich ist hieran angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Artikels 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schlußsatz ausdrücklich auf die künftige Möglichkeit einer mit Zustimmung des Völkerbundes eintretenden Aenderung der staatlichen Selbstständigkeit Oesterreichs hinweist, nicht widerpricht, wenn diese Möglichkeit durch eine friedliche, dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entsprechende Annäherung zwischen den beiden Ländern vorbereitet würde. Aus diesem Grunde ist in die deutsche Reichsverfassung die Vorfrist des Artikels 61, Absatz 2, aufgenommen worden. Sie regelt in ihrem ersten Satz das Stimmrecht Deutsch-Oesterreichs im deutschen Reichsrat lediglich für den Fall, daß der Anschlag des Landes an das deutsche Reich erfolgt, ohne damit den Tatsachen, von denen ein wirklicher Anschlag abhängt, in irgend einer Weise vorzugreifen. Im zweiten Satz wird den Vertretern Deutsch-Oesterreichs bis zu dem Zeitpunkt des Anschlusses eine beratende Stimme im Reichsrat zugestanden.

Ein Ultimatum der Entente an Rumänien.

Br. Amsterdam, 4. Sept. Nach einer Neuermeldung aus Paris ist die rumänische Frage in ein akutes Stadium getreten. Da der Delft Rat auf die Kräfte an Rumänien gerichtet hat, so hat die Entente, die er beschloß, einen Abgesandten nach Bukarest zu schicken, um der rumänischen Regierung ein bestimmtes Ultimatum zu überreichen. Sollte Rumänien sich weigern, die Bedingungen des Ultimatum in der angegebenen Frist zu erfüllen, so werden die diplomatischen Beziehungen zwischen den a. und a. Regierungen einerseits und Rumänien andererseits aufzuheben und der Abgesandte der a. und a. Mächte wird mit den in der rumänischen Hauptstadt weilenden diplomatischen Vertretern dieser Mächte von Bukarest abgehen.

Nach einer anderen Neuermeldung aus Paris erfährt man, daß in dem Ultimatum an Rumänien verlangt wird, daß es in Ungarn räumt und anerkennt, daß alle Requisitionen an die Alliierten zur Bestimmung unter die Gläubiger Ungarns ausgeführt werden müssen.

Die Verflavung Oesterreichs durch den Friedensvertrag.

Br. St. Germain, 5. Sept. Das dem Staatskanzler Renner überreichte Bescheidensreiben des Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau weist zu Beginn die Einwendung der deutsch-österreichischen Delegation, daß Deutsch-Oesterreich nicht als feindlicher Staat betrachtet werden dürfe, mit der Begründung zurück, daß das deutsch-österreichische Volk die Politik seiner Machthaber, welche durch das Ultimatum an Serbien und die Nichtannahme der Genügnung geradezu den Weg suchten, der zum Weltkrieg führte, nicht nur nicht bekämpft, sondern diesen Krieg kühnlich begrüßt hat. Das Bescheidensreiben weist sodann darauf hin, daß die Politik der ehemaligen Habsburger die Genügnung des deutsch-österreichischen Volkes über die Mehrheit der Einwohner der österreichisch-ungarischen Monarchie aufrecht erhalten wollte. Heber Tiroli wird gesagt: Die a. und a. Mächte waren von der Tatsache durchdrungen, daß während langer Jahre das italienische Volk einer absichtlichen, gegen sein Leben gerichteten Drohung ausgesetzt war. Diese Drohung ergab sich daraus, daß Oesterreich im Besitze vorgerückter, die italienische Ebene beherrschender Stellungen war. Die a. und a. Mächte betrachteten es als die beste Lösung, Italien die natürliche Alpengrenze zuzugestehen, die es seit so langer Zeit forderte. Schließlich wird betont, daß der Friedensvertrag in dieser Form unakzeptabel ist und daß die a. und a. Mächte von der österreichischen Delegation innerhalb fünf Tagen die Erklärung erwarten, ob sie bereit ist, den Vertrag zu unterzeichnen. Wenn eine solche Erklärung innerhalb der oben bezeichneten Frist nicht erfolgt, wird der am 3. November 1918 abgeschlossene Waffenstillstand als beendet betrachtet und die a. und a. Mächte werden alle Maßnahmen treffen, die sie

für notwendig halten, um ihre Bedingungen zuzwingen durchzusetzen.

Die Wiener Blätter veröffentlichen Aufzeichnungen, die der Staatskanzler Renner einem Berichterstatter gegenüber gemacht hat. Politisch und national, so erklärte, der Staatskanzler, sind wir schwer betroffen. Unser Staat wird beschränkt auf die deutschen Alpenländer. Die 400jährige Gemeinbürgerschaft der Alpenländer und Sudetenländer ist zerprengt und von den deutschen Siedlungsgebieten in den Alpenländern werden und wesentliche Städte vorenthalten. Die Nationalversammlung wird darüber entscheiden müssen, ob trotz dieser Opfer der Vertrag unterzeichnet werden kann. In nationaler Beziehung büßt unsere Republik ihre Handlungsfreiheit ein und das mit elementarer Gewalt in den Novembertagen herbeigetretene Anschlußbestreben wird auf den schwierigen Weg von Verhandlungen mit dem Völkerbund verwiesen. Wir erhalten eine politische Souveränität, von der wir keinen Gebrauch machen dürfen und werden dazu der vollständigen ökonomischen Oberhoheit der alliierten Großmächte unterworfen, die sich in dem Reparationsausgleich verkörpert mit dem Völkerbund als letzter Instanz. Sie wollen einen Entschluß fassen und belassen ihn sofort mit einem Klüßlein. Unser Volk ist nur vor die furchtbare Prüfung gestellt. Diese Probe muß uns entweder außerordentlich stärken oder dauernd bereden. Wir müssen uns zusammenscharen und uns einheitlich organisieren zu einer wirklichen Gemeinschaft. Jeder Einzelne muß alle seine Kräfte einsetzen. Dann kann es uns gelingen!

Br. Paris, 5. Sept. Die österreichische Delegation hat um eine zweitägige Fristverlängerung für die Beantwortung der Friedensbedingungen ersucht. Der Ausschub wird wahrscheinlich zugestanden werden.

Sozialistenverfolgung in Amerika.

Der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ veröffentlicht, wie dem „Vorwärts“ von dort telegraphiert wird, ein an den Vorstand der dänischen sozialdemokratischen Partei gesandtes Schreiben, das an die Arbeiterparteien und Gewerkschaften in den alliierten und neutralen Ländern gerichtet worden ist. In dem Auftrug wird auf die brutale Verfolgung aufmerksam gemacht, die die amerikanischen Sozialisten zu erdulden haben. Seit Kriegsausbruch sind zahlreiche Bürger wegen ihrer politischen Gesinnung und auch wegen ihres religiösen Bekenntnisses verfolgt und bestraft worden. Es sind Verurteilungen von 5 bis 25 Jahren Gefängnis und Zuchthaus erfolgt, Ausnahmegerichte, die gegen die Arbeiter und ihre Organisationen gerichtet sind, wurden angenommen. Tausende von Arbeitern sitzen augenblicklich in den Gefängnissen.

Das Schreiben besagt u. a., daß D. Debs, der frühere Kandidat für den Präsidentenposten, eine zehnjährige Zuchthausstrafe verbüßen muß. Frau Kate D'Hare, die eine Zeitungsekretärin für das Internationale Sozialistenbüro war, erhielt eine fünfjährige Strafe. Der frühere Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Viktor L. Berger, der letzten Herbst in seinem 20. Jahre zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Reihe anderer Parteigenossen wurde zu ähnlich hohen Strafen verurteilt!

Senator Knog gegen den Schmachfrieden als Kriegsgefahr.

Der amerikanische Senator Knog erklärte dem Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington, der vorliegende Friedensvertrag bedeute nicht den Frieden, sondern den Krieg, einen fürchterlicheren Krieg, als den soeben beendeten. Der Vertrag bedeute nur einen Waffenstillstand. Der Senat aber müsse sein möglichstes tun, um ihn zu einem wirklichen Friedensvertrag umzugestalten. Wenn dies nicht möglich sei und wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre mächtige Stimme zugunsten des Friedens geltend machen könnten, dann wäre es für sie am Billigsten, sich zu weigern, ihn anzunehmen.

Ganz unsere Meinung. Europa wird zum zweitenmale in furchtbares Elend gestürzt, wenn der Schmachfrieden nicht beiseite gelassen oder unschädlich gemacht werden kann. Amerika kann hier der Menschheit größter Helfer sein.

Die Lage in Rußland.

Der Krieg zwischen Litauen und Polen.

Als die Polen die rein litauische Stadt Seimy besetzten, kam es zu Kämpfen zwischen der litauischen Bevölkerung und den polnischen Truppen. Nachdem die Bevölkerung mit ganz geringer militärischer Unterstützung (nur 60 Soldaten) einen ganzen Tag die Stadt verteidigt hatten, wobei die Litauern einige Hundert Tote und Verwundete verloren, mußten die litauischen Verteidiger sich am 28. 8. zurückziehen, da die Polen eine ganze Brigade in den Kampf einsetzten. Am 29. 8. wurde Seimy von der ausländischen Bevölkerung wieder besetzt. In der Folge rückte die polnische Regierung eine Note an die litauische Regierung in der sie die Räumung von Seimy bis zum 30. 8. verlangte, andernfalls Polen den Krieg beginnen werde. Die litauische Regierung räumte Seimy nicht, sondern erklärte in ihrer Antwortnote, daß das imperialistische Polen zuerst rein litauische Gebiete besetzt und den Krieg begonnen hätte.

Von der litauisch-bolschewistischen Front.

Der litauische Generalstab teilt mit: Die litauischen Truppen rücken immer weiter in Richtung Dünaburg vor. Am 29. 8. wurde Ruzka besetzt, wobei viele Kriegsgefangene gemacht wurden und eine große Menge Kriegsmaterial erbeutet wurde. Am 30. 8. wurden die Bolschewisten unter großen Verlusten gezwungen, das linke Ufer der Düna zu räumen. Die Brücken über die Düna wurden in die Luft gesprengt. Die Bolschewisten hatten kein litauisches Territorium mehr besetzt.

entlassen. Er war dreimal wegen Widerstandes und Fahnenflucht auf der Festung. Ueber die Erschießung der Geiseln erklärt er, daß Hausmann das Kommando zum Feuer abgegeben habe. Bei der Erschießung seien meist Frontsoldaten verwendet worden. Well habe die Namen aufgeschrieben und nach jeder Erschießung ein rotes Kreuz gemacht. Unter den Gefangenen waren auch ein Matrose und zwei bis drei Russen. Als der Vorstehende ihm vorwirft, er habe der Gräfin Westarp, als sie an ihm vorbeiging, die Wange geküßt, erwidert er, daß er dies nicht bestritten hat. Er führt aus, daß die Leichen durchschnittlich vier bis sieben Schüsse aufwiesen und erklärt dies damit, daß man auf die Sterbenden und Toten nochmals geschossen habe. Der Gräfin Westarp war das halbe Gesicht weggerissen und das Taschentuch, das sie in ihrer Todesnot vor das Gesicht gehalten hatte, ganz durchlöchert. Eine Vergegenwärtigung konnte nicht festgestellt werden.

Der nächste Angeklagte, Schreiner Kist, erklärt, daß er das Treiben im Gymnasium längst fort gehabt habe und zur Zeit des Geschehens fort wollte. Er mußte jedoch zugeben, daß er den Jettel mit dem Todesurteil ins Gymnasium getragen und dabei unterwegs geleien hatte, also wußte, um was es sich handelte. Der Angeklagte Nudel ist der erste, der erklärt: „Ich habe mitgeschossen!“ Er beschuldigt in schwerster Weise den Angeklagten Schilfhofer, der die Unterschriften für die Todesurteile

in einem fanatischen Mitleid

zusammenholte und die einzelnen Soldaten auf den Hof hinausführte, um möglichst viel Schüssen zusammenzubekommen. Damit werden die Verhandlungen auf Mittwoch früh vertagt.

Der Bolschewismus in Rußland.

Genosse Professor Abramowitsch, der erst kürzlich aus Rußland zurückkehrte, sprach dieser Tage in Berlin in einer überaus stark besuchten Versammlung der Parteifunktionäre, Arbeitervereine und Betriebsvertrauensleute der S. P. D. über das Thema: Der Bolschewismus in Rußland. Seine Ausführungen gewannen dadurch an besonderem Interesse, daß er aus seinen eigenen Erlebnissen zahlreiche typische Beispiele für die Praxis in der Räte-republik Rußland geben konnte. Im wesentlichen führte er nach dem „Vorwärts“ aus:

„Gegenwärtig sind die Zustände in Rußland weit schlimmer wie sie in dem eben erschienenen Buche Oberrig: „Rufes aus Sowjet-Rußland“ geschildert werden. Die Fabrikindustrie wird in steigendem Maße durch den Handwerksbetriebe verdrängt, der meist mit den primitivsten Mitteln arbeitet. Nur wenige Großbetriebe werden von der Regierung ausgehalten, trotzdem sie nichts zu tun haben, um keine Arbeiterrevolution entstehen zu lassen. Alle Vorbedingungen für eine Produktion wie Kohle und Eisen fehlen, da das Ural- und Dongebiet sich in Händen der Feinde befindet. Das Verkehrs-wesen liegt völlig darnieder und die Landwirtschaft wird durch die Bauern planmäßig sabotiert, denn diese bauen nicht mehr, wie sie zu ihrem eigenen Lebensunterhalt und zur Aufrechterhaltung eines mäßigen Schleichhandels benötigen, um so die Sozialisierungsabsichten der Regierung einzudämmen. Der Staatshaushalt weist ein Defizit von 80 Milliarden auf. Dieser Kassa-schmerz hat aber keine allzu große Bedeutung, da man es ja im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten „dem Volke, also sich selbst schuldig ist“. Produktion und Konsumtion können naturgemäß nicht sozialisiert werden, weil keine Produktion vorhanden ist. (Sehr richtig!) Der Schleichhandel blüht in Rußland wie in keinem anderen Lande. Zu enormen Preisen ist alles zu haben. Den Gewinn teilt sich der Spekulant mit dem öffentlichen Funktionär. Die Bourgeoisie wird bis zur Ausrottung drangalieret. Über auch gegen die Arbeiter-schaft geht man mit Waffengewehr vor, sobald sie versucht, sich gegen die Diktatur aufzulehnen. So wurde vor gar nicht langer Zeit ein Protest-Meeting der Arbeiter der Moskauer Alexanderwerke durch Waffengewehr aus-gezeichnet, wobei es 80 Tote gab. Redner geht dann auf die belannte Praxis in der Lebensmittelverteilung ein. Die Korruption innerhalb der Räteorganisation ist riesig. Das inländische Kapital bekämpfen die Kommunisten bis aufs Blut, aber dem ausländischen machen sie Konzessionen. Nachdem Redner kurz den fast imperialistisch anmutenden Streit der verschiedensten Sowjet-Republiken um den Besitz der Stadt Rinsk unter lebhafter Geisterlichkeit der Versammlung geschildert hat,

führt er aus: Ein Rätesystem gibt es in Rußland nicht. Wohl gibt es Räte, aber nicht als Organisation des Proletariats. Eine Wahl gibt es kaum, die Räte werden von „oben“ eingesetzt. (Hört, hört!) Wo Wahlen zustande kommen, wird der Rat nur dann anerkannt, wenn er sich auf den Boden der Sowjet-Regierung stellt. (Lebhafter Aha-Ause. — Zurufe: Wie bei unseren Kommunisten!) Die Räte wagen es nicht, eine eigene Entscheidung zu treffen, bei jeder Gelegenheit holen sie sich von ihren vorgesetzten Behörden Rat — und darum heißen sie auch Räte. (Große Geisterlichkeit.) Wir haben in Rußland nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Partei — einer Minderheit. (Beifall.) Das Proletariat kann nur diktieren, wenn es organisiert ist, das war aber das russische nie. (Sehr richtig!) Wohl gab es sozialistische Parteien, aber keine proletarischen Organisationen im mitteleuropäischen Sinne. Aber das russische Proletariat ist bereits zu der Erkenntnis gekommen, daß es unfähig ist zu diktieren, darum ist es auch nicht kommunistisch. Zur Zeit, da die Kommunisten in Rußland die Staatsge-walt in Händen haben, ist nur ein Behälter des Proletariats in ihrer Partei organisiert. (Hört, hört!) Von Versammlungs- und Koalitionsfreiheit kann absolut keine Rede sein. Alle diese Freiheiten genießt nur das „wohlführende“ Proletariat, dessen größter Teil die Räteangehörigen sind. Sämtliche Sowjet-Angestellte haben sich der kommunistischen Partei an-zuschließen oder abzusagen. Dadurch wird die Partei mit soviel Schmutz durchsetzt, daß sie darin unterzugehen droht. Geschäft-macher und Schwächer stehen an den verantwortlichsten Stellen. Unter diesen Umständen sinkt selbst die Diktatur der Partei herab zu einer Diktatur der Einwandvollsten. Das hat wiederum zur Folge, daß eine ungeheure Spionage- und Sperrungsmaßnahme einsetzt, die geführt wird von der außerordentlichen Kommission. Diese Kommission verhaftet nicht nur jeden, der ihr „verdächtig“ erscheint, sondern verurteilt ihn auch gleich, obwohl das nicht zu ihren Befugnissen gehört. Massenhafte Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. So graulich hat nicht einmal die Okhrana gearbeitet. Aber ihre hervorragenden Vertreter findet man heute in dieser außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution. Diese Kampfweise, verbunden mit dem Indifferenzismus der Massen, schafft den günstigsten Boden für die monarchistische Reaktion. (Sehr richtig!) Die Er-folge der roten Armee stützen sich nicht auf ihre Stärke, sondern auf die Schwäche der Gegner. Viele Rotgardisten sehnen den Ro-ment herbei, an dem sie defektieren können. So stehen die Dinge heute, so steht der Bolschewismus aus. Ist es möglich, daß sich die Situation morgen anders gestaltet — kommunistischer?

Mit dieser Frage schloß Genosse Abramowitsch sein mit stür-mischem Beifall aufgenommenes Referat. An einem zweiten Abend wird er nachweisen, daß der Bolschewismus nicht anders sein kann wie er in Rußland ist.

Badische Politik.

Volkstirnenbund und Wahlen zur Generalsynode.
Man schreibt uns: Zu den bevorstehenden Wahlen zur Gene-ralsynode hatten die kirchlich-liberale Partei und der badische Volkstirnenbund sich geeinigt, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Aber wie es bei den Liberalen nun einmal ist: sie nennen sich liberal und hindern den Fortschritt; sie hatten an der Kandidaten-liste des Volkstirnenbundes, auf der sich auf Namen von Sozial-demokraten befanden, alle möglichen Einwendungen zu machen, teilweise lehnten sie sogar unsere sozialdemokratischen Kandidaten ab, jedoch schließlich von der ursprünglichen Liste wenig mehr übrig blieb.

Unter diesen Umständen sah sich der badische Volkstirnenbund veranlaßt, seine Kandidaten zurückzugeben, was in folgendem Beschlusse des Landesvorstandes des badischen Volkstirnenbundes zum Ausdruck kommt:
„Der Landesvorstand des badischen Volkstirnenbundes beschließt, angesichts des Bruches des Wahlbündnisses, das die kirchlich-liberale Partei zuerst selber angeboten, jetzt aber, ohne jegliche Veranlassung seitens des Volkstirnenbundes, in letzter Stunde gestrichelt hat, seine Freunde in allen Wahlkreisen zu strenger Wahlenthaltung aufzufordern und die Kandidaturen, die von ihm aufgestellt sind, zurückzugeben.“

Der Volkstirnenbund darf wohl erwarten, daß seiner Auf-forderung zur Wahlenthaltung namentlich auch seitens der sozial-demokratischen Kirchenglieder entsprochen wird. Es wurde schon in verschiedenen Orten versucht, unsere sozialdemokratischen Freunde dahin zu beeinflussen, die liberalen Kandidaten zu wäh-len. Die Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg. Wenn den

Liberalen verschiedene sozialdemokratische Kandidaten nicht ge-nehm sind, so bedürfen sie auch der sozialdemokratischen Stimmen nicht. — Es ist deshalb Ehrenpflicht für die sozialdemokratischen Wähler, sich der Stimme zu enthalten.

Zur Frage der Ein- und Ausfuhrpolitik.
Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt amtlich: Immer und immer wieder wird die Regierung in Zuschriften darauf aufmerksam gemacht, daß man im Volke der Ein- und Ausfuhrpolitik des Reiches, die z. B. die Einfuhr der billigen spanischen Weine und der Schweizer Zigarren zu verhindern suche, keinerlei Verständnis entgegenbringe. Der Mann aus dem Volke sehne sich darnach, auch wieder einmal ein billiges Glas Wein zu trinken und eine Zigarre zu einem noch zu erschwingenden Preise zu rauchen. Eine Politik, die ihm das unmöglich mache, sei für ihn gleichbedeutend mit einer Politik der Begünstigung der einheimischen mit Kriegsgewinnen gesättigten Wein- und Zigarrenhändler einerseits und der Bedrückung der arbeitenden Massen andererseits. Der Regierung, die das Volk aller im Auge haben muß, wird hier bitter unrecht getan. Sie will gerade den Arbeiter-Berdienst schaffen, indem sie die Einfuhr von Fertigerzeugnissen wie Zigarren, fernhält und dafür Rohstoffe, wie Roßtabak hereinläßt. Dieser kann dann in den inländischen Fabriken zu Rauchtobak und Zigarren verarbeitet werden und es wird damit hunderttausenden von Arbeitern eine Verdienstmöglichkeit ge-geben, während, wenn statt des Roßtabaks Zigarren und Rauchtobak eingeführt würden, die inländischen Fabriken stillstünden, die Arbeiter brotlos wären und die sonst als Arbeitslöhne ihnen zu-kommenden Geldbeträge in das Ausland abfließen.

Weiter muß aber gerade heutzutage Deutschland darauf be-dacht sein, seiner durch fünf 5 entbehrungsvolle Kriegsjahre unter-nährten Bevölkerung unter allen Umständen reichliche Lebens-mittel zu schaffen. Diese Lebensmittel sind nur im Ausland vor-handen. Wollten wir bei ihrem Erwerb sachgemäß vorgehen, so müssen wir sie entweder mit Geld bezahlen oder mit Aus-landswertpapieren (Devisen), die wir uns nur wieder durch den Ver-kauf hochwertiger Industrieerzeugnisse nach dem Auslande be-schaffen können. Da uns infolgedessen diese Wechsel bei der jetzigen geringen Produktionsmöglichkeit unserer Industrie nur in sehr be-schränktem Maße zur Verfügung stehen und der Goldbestand der Reichsbank andererseits im Interesse unserer Währung nicht noch weiter vermindert werden darf, so bleibt uns schließlich nichts anderes übrig, als die Lebensmittel im Ausland mit deutschem Papiergeld anzulassen. Die Regierung will also, wenn sie die Tore Deutschlands der Einfuhr von Wein und Zigarrenzeugnissen nicht in dem Maße öffnet, wie es manchem erwünscht wäre, nur das Wohl des arbeitenden Mannes, dem sie ausreichende Ernäh-rung und eine bessere Verdienstmöglichkeit zusichern sucht.

Die Erhöhung der Eisenbahnpreise.
Am 1. Oktober soll, wie bekannt, der Perzententarif, Gepäc- und Erpresszuschlägen um 50 Prozent erhöht werden. Wie eine Ber-liner Nachrichtenstelle erfährt, wird sich die Erhöhung auf alle Personenzugarten mit Ausnahme der Militärzugarten er-strecken. Die neuen Schnellzugzuschläge werden für die erste Zone in der 1. und 2. Klasse 3 M., in der dritten Klasse 1.50 M. betragen, für die 2. Zone in der 1. und 2. Klasse 6 M., für die 3. Klasse 3 M. Die 3. Zone sieht in der 1. und 2. Klasse eine Erhöhung von 9 M. und in der 3. Klasse von 4.50 M. vor. Gleichzeitig werden auch die neuen Mindestfahrpreise für Schnellzüge für die 1. Klasse auf 22.50 M., die 2. Klasse auf 15 M. und die 3. Klasse auf 7.50 M. festgelegt. Die im Ver-kehr befindlichen Fahrkarten werden weiter ausgeben mit einem Nebenbrud der neuen Fahrpreise in schwarzer Farbe.

Kommunalpolitik.
Die mittleren Städte und die Ausgleichszulage. Der Ausschuß des Verbandes mittlerer Städte Badens hat sich mit der Folge- rung aus der den staatlichen Beamten gewährten Ausgleichs-zulage befaßt. Er kam zu dem Ergebnis, daß die vom Staate ge-währten Zulagen in keiner Weise Anhaltspunkte für etwaige Be-willigungen der Gemeinden bilden können, daß aber das Vorgehen des Staates insofern verbindlich sein könne, als auch die Ge-meinde da, wo die Beamten im Vergleiche mit den Arbeitern zu schlecht gestellt sind, ein billiger Ausgleich bewirkt werden sollte. Es wurde dabei festgestellt, daß einzelne Städte schon in dieser Weise vorgegangen sind, daß eine allmählich wachsende Beziehung zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Bezügen der Beamten hergestellt wurde.

Soziale Rundschau.
Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose. In der vergangenen Woche fand in Karlsruhe die Gründungsver-sammlung des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose statt. Dem Arbeitsausschuß gehören auch

Zum Beginn der neuen Ära des Badischen Landestheaters.

Von der neuen Leitung des Badischen Landestheaters wird uns geschrieben:
Wenn das Theater in kurzem seine Pforten wieder öffnet, steht es sich einer völlig veränderten Situation gegenüber. Ihre Anspornung ist die Revolution. Zwar fiel sie schon in den Anfang des vorigen Spieljahres, dennoch war dieses, da ein großer Um-satz vertrieben wurde, noch durchweg als Ausklang des alten Regimes zu betrachten.
Anzuwischen ist eine Umgestaltung der Verhältnisse eingetreten. Das Theater steht sich befreit von den Fesseln der höfischen Kon-vention, dafür freilich auch des ideellen und perfurnären Rück-falles des Hofes beraubt. An dessen Stelle ist es vom Staat über-nommen worden, der es als Staatsanstalt unter Vorgesetzter der Stadt weiter führt. Zugleich trat in der künstlerischen Leitung eine Aenderung ein; an die Spitze wurde ein neuer Intendant berufen.
Diese neue Leitung wendet sich heute mit der Hilfe um Ver-trauen und Verständnis an die Öffentlichkeit: an das Publikum und dessen berufene Vertreter, die Presse. Der Mitarbeit dieser Faktoren wird es in ganz anderem Maße als bisher bedürfen, um das Theater lebensfähig zu erhalten und kulturfördernd zu machen. Das alte Abonnementssystem, die traute Fessel jeder großstädtischen modernen Spielplanbildung, ist gefallen. Daß der alte Stamm treuer Theaterfreunde, der auf den Abonnementplätzen saß, dem Theater nicht verloren gehe, daß er vielmehr die Kern-zentrale eines weiten und immer weiteren Kreises bilden möge, der im Theater Erhebung und edles Vergnügen des Geistes zu suchen gewillt ist, bildet die erste schöne Hoffnung der neuen künstlerischen Gemeinschaft. Gleichwohl sind den Kennern wie den Neulingen zu betrieblen, letzten Endes diesen zu jenem heranzu-bilden, ist die geistliche schwere, aber schöne Aufgabe. Wie leicht wäre ihre Lösung, könnte sie am sinnlichen Ende, am Augenpunkt des schönen Scheitens erringen werden, der in der Welt viel, unen-dliches in der Theaterwelt bedeutet, — könnte man mit den ganzen olympischen Dekorationen und Kulissen den knappen Vorrat an dramatisches Material bereichern und neue jenseitige Einrichtungen: das verstellbare Szenenbild, den Kuppelhorizont, plastische Innen-räume, leuchtende Waldsäulen, großartige Staffagen erstellen und dieses intime oder grandiose Spiel der Linien und Flächen mit dem Wundermittel der modernen Bühnenkunst, dem in-

direkten Lichte“ des Fortwärtstheaters gauderoll beleben! Der stumpfste Sinn dann würde das Neue, das Andere, das Bessere gewahren. — Leider nötigen die knappen Geldmittel, die nur die Kosten des Laufenden, nicht des Außerordentlichen decken, die hohen Löhne, die unerwünschten Materialpreise heute und wohl noch auf manche Zeit zu herben Verzicht. Das Gutachten einer aller-ersten Autorität, die zu einer Verzichtung des Theaters einge-laden worden ist, soll erweisen, welche dringenden technischen Neuerungen mit den vorhandenen Mitteln wenigstens behelfs-mäßig ausgeführt werden können.
Ein Abbild der heutigen deutschen Welt im Kleinen muß das Theater, um zu gebären, auf allen materiellen Luxus verzichten, sich nur den nötigen Bedarf gönnen, sich einzig auf seine geistli-chen Werte und Möglichkeiten stützen. Diese sind groß und weit größer ist die Fähigkeit ihrer Steigerung. Das in allen Sparten vom Solozänger und -spieler über den Orchestermeister und Chor-sänger bis zum Handwerker und Arbeiter vorzügliche Personal bedarf zum Glück nur geringer Ergänzung und vorsichtiger Er-neuerung. Nützlich und nützlich hingegen ist die Verdichtung der Arbeitseinstellung, der Steigerung der Intensität.
Was zunächst das Schauspiel anlangt, so wird eine neue Art der Regieführung, der Spielbildung Platz greifen müssen, die den Grundgedanken des Kunstwerks zur obersten Richtschnur macht. Stil und innerer Aufbau wird das Gezielte bilden, dem sich die Individualität der Darsteller bei aller Wahrung der Per-sönlichkeit unterzuordnen hat. Das intime, unbedingte aufeinander-Einspielen der Kräfte muß zur Ensemblebildung in einem Sinne führen, wie ihn die Regie früherer Zeiten, deren Verdienste auf anderem Gebiete lagen, die das Virtuosenhafte in den Vor-dergrund schob und bei der jeder tüchtige Schauspieler ein kleiner Virtuos zu sein hatte, niemals gekannt hat. Hand in Hand damit soll die Pflege des kostbaren Kulturgutes gehen, das der Bühne anvertraut ist: der deutschen Sprache mit ihren Herrlichkeiten — Dies gilt natürlich in erster Linie von unseren klassischen Wer-ken — und hiermit betreten wir das literarische Gebiet.
Diese zu pflegen wird die erste Pflicht eines „Landestheaters“ sein. Dem klassischen Repertoire gehört eine billige drama-turgische, darstellerische und soweit möglich jenseitige Erneuerung und Ergänzung, eine Aufgabe für 3-4 Jahre.
Sobald sind gewissermaßen im Rangschritze die Entwid-lungslinien der dramatischen Literatur bis zum heutigen Tage darzulegen, die Persönlichkeit der hauptsächlichsten Autoren in ihren wichtigsten Werken nachzugehen. Bei dem unendlich viel-Beräupften darf man natürlich kein lächerliches Nachhaken er-

warten, aber in großen Zügen sollen die Linien zur gegenwärti-gen Produktion, der ganz besonderes Interesse gewidmet wird, gezogen werden. Im Querschnitt sollen dabei alle Ringe und Kreise der für die Schaubühne erschlossenen Stoff- und Geistes-welten in gleicher Weise berücksichtigt werden. In erster Reihe die drei großen Kulturkreise, die die Quellen unseres ganzen höheren Lebens bilden: dem biblischen, dem klassisch-antiken und dem alt-germanischen Kulturkreise soll in jeder Spielzeit min-destens ein bedeutendes Werk haß- und arbeitsdienlich sein. Die Begriffe der Mythologie, des Märchens, der Sage sollen aufgeweicht, der Heldentum der Geschichte soll betreten werden, der Wille, wie dem sozialen Kampf ist künstlerisch das Wort zu geben und zuerst und zuletzt den Rätseln und Geheimnissen des menschl-lichen Geistes.
Durch all diese Gebiete soll sich in jeder Spielzeit in der Diagonale ein Band von Aufführungen ziehen, die einem großen Menschheitsgedanken mit den Mitteln des Dramas und der Schau-bühne dienen. Also nicht ein „Opus“ im alten Sinne philolo-gisch-historischen Interesses, sondern einer ästhetischen Orientierung auf ethischem Grunde. Dem für diese Zeit geplanten Opus wird „Das ewig-Weibliche als Erlösungsmotiv“ zugrunde gelegt werden. Eingehenderes über diesen Grundgedanken und über die Auswahl der Werke, die ihn illustrieren sollen, wird in kurzem verlaublich werden, ebenso über die anderen beabsichtigten Neu-aufführungen und Neueinstudierungen, die getroffenen Engage-ments und sonstige Ränge.

Der besseren Unterhaltungsliteratur jeden Grades wird der Platz, den sie beanspruchen darf, nicht bestritten werden.
In der Oper soll die alte ruhmreiche Tradition der Karlsruher Bühne angeknüpft werden, die unter dem Stern Richard Wagners stand. Neben ihm, dem Großmeister der Valse-til, wird das Leicht- und Beschwinge von Mozart bis Karfing hebevoll gepflegt werden, auch die Strahlen des Nationalen sind gefallen und der Weg zu den Italienern wieder frei. Die für den Mai geplante Richard Strauss-Oper wird zeigen, wie intensiv die Bemühungen um das „Neue“ sind; möchten sich neben dem Meister der Moderne andere Werke lebender Kompo-nisten durchsetzen, so wäre das bei der Molligkeit der zeitgenössi-schen Opernproduktion ganz besonders lebhaft zu begrüßen. Soll dem ganzen Programm, mit dem das Landestheater seine Arbeit ontritt, ein Leitmotiv gegeben sein, so sei es der Vers Goethes:
Altestes bewahrt mit Treue,
Freundlich aufgeführt das Neue.

fürsorge an. In der Gründungsversammlung wurde von dem Medizinreferenten im Ministerium des Innern, Geh. Rat Gausler unter Zustimmung sämtlicher anwesender Ärzte die bemerkenswerte Erklärung abgegeben, daß die Durchführung einer wirksamen Organisation des sozialen Fürsorgewesens besonders auch im Hinblick auf die Bekämpfung der Tuberkulose nur dann möglich sei, wenn der von der Privatpraxis vollständig losgelöste vollqualifizierte Bezirksarzt als staatlicher Gesundheitsbeamter sich diesen Aufgaben voll und ganz widmen könne.

Zentralverband der Angestellten. Am 1. Oktober wird die Verschmelzung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Büroangestellten zum Zentralverband der Angestellten erfolgen. Die Statuten für den neuen Verband werden auf einer Tagung zu Weimar am 8. und 9. September von den Vorständen der beiden alten Verbände festgelegt.

Aus der Partei.

n. Teutoburgentum, 5. Sept. Heute Freitag Abend findet im Rathaus zur „Blume“ eine Parteiverammlung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zu erscheinen, auch Gäste sind willkommen.

r. Wolfartsweiler, 8. Sept. Die auf Samstag, 6. September, angesetzte Monatsversammlung fällt aus. Die nächste Versammlung findet am 13. ds. Mts., abends 10 Uhr, im „Röhl“ statt. Tagesordnung: Bericht unseres Delegierten vom badischen Parteitag. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Aus dem Lande.

Bretten.

6. Aus dem Gemeinderat. Die Gesuche um Einstellung Arbeitsloser als Notstandsarbeiter bei der Stadtgemeinde müssen für die Folge einer schärferen Prüfung als bisher unterzogen werden. — Auf das Angebot des Landesvereins vom Malen Kreuz in Karlsruhe bezieht der Gemeinderat Schweizer Stumpen als Arbeitslose für die heimkehrenden Kriegesgefangenen. — Die für die Gemeinderat übernommenen Kriegesgefangenen, die den Namen Kriegesgefangenenhilfe führt, gehören für die Folge an: 4 Gemeinderatsmitglieder, 2 Mitglieder des Reichsausschusses der Kriegesbeschädigten, 2 Mitglieder des Reichsausschusses der Kriegesbeschädigten-Fürsorge. — Für die Erstellung des Büchertages ist noch die Erwerbung eines Grundstückes erforderlich. Falls die Verhandlungen nicht auf der Grundlage des vom Gemeinderat gebotenen Preises zu einem Ergebnis führen, wird die Enteignung der für die Beherbergung erforderlichen Geländestücke beantragt. Dem Verlangen nach dem vor dem Kriege erschienenen Drehschneidwerk wird auf Anfrage erwidert, daß vorerst nicht die Absicht besteht, ein neues Drehschneidwerk im Bahnhofgebiet genehmigt unter Vermeidung der Einsprache des Gemeinderats zur richterlichen Entscheidung. Von der Einlegung eines Rechtsmittels gegen den ergangenen Bescheid wird vorerst Umgang genommen. Es soll abgearbeitet werden, was für Folgen sich durch den Umbau bemerkbar machen. — Auf die wiederholte Vorstellung des Bürgermeisters-Stellvertreters bei der Landesvermittlungsstelle in Karlsruhe wegen Zurechnung von Auslandsmehl ist von der Reichsregierung die Bescheid eingekommen, daß die Zurechnung von Auslandsmehl untunlich sei. — Auf die Ausführungen des Stadtverordneten Preis in der Bürgervermittlungsstelle vom 1. 8. 19, die der Kommunalverband der Landesvermittlungsstelle Karlsruhe überhandt hatte, hat diese Bescheid erwidert, daß die Stadt Karlsruhe dem Kommunalverband Etilingen Mehl geliehen habe. Was für Mehl geliehen wurde, insbesondere ob Auslandsmehl in Betracht kam, ist der Landesvermittlungsstelle nicht bekannt. — Auf die weitere Anregung des Stadtverordneten Preis wegen Erlangung von Einmachgurken hat die badische Landesregierung mitgeteilt, daß Einmachgurken dieses Jahr aus verschiedenen Gründen nicht überwiesen werden könne. — Den wiederholt vorgebrachten Anfragen entsprechend wird die städtische Lebensmittelverkaufsstelle aufgehoben. Der genaue Zeitpunkt wird feinerzeit bekanntgegeben. Eine Wohnung wird zwangsweise vermietet, wenn sie nicht freiwillig zur Verfügung gestellt wird. — Die weiter erledigte Hilfsfeldhüterstelle wird dem Tagelöhner Andreas Höm übertragen.

Etilingen.

Wohltätigkeitsveranstaltung. Am Sonntag, 7. Sept., nachm. 2 Uhr beginnend, veranstaltet auf dem Exerzierplatz an der Reichsstraße der Reichsbund der Kriegesbeschädigten ein Sportspektakel. Der Ueberblick dient zur Unterstützung der zurückkehrenden Kriegesgefangenen. An dem Feste beteiligen sich sämtliche hiesigen Sport- und Turnvereine. U. a. die Freie Turnerschaft mit einer Faustballmannschaft des Arbeiterturnvereins Karlsruhe-Mühlburg, die Fußballvereinigung Etilingen spielt gegen Konstantia Karlsruhe, der Turnverein 1885 Etilingen und der Arbeiterturnverein. Es wäre nur zu wünschen, daß alle Kreise der Bevölkerung dieser sportlichen Veranstaltung anwohnen würden. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 1 M und für Schüler 50 Pf.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Etilingen, beteiligt sich am Sonntag, 7. Sept., an der Bezirkswanderung auf die Leupoldsmühle; es ist Pflicht sämtlicher Genossen und Genossinnen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Ortsgruppen Karlsruhe, Bruchsal, Pforzheim, Etilingen, Durlach, Rastatt, Gaggenau und Baden-Dos werden sich ebenfalls einfinden. Wanderlustige Hand- und Kopfarbeiter sind zu dieser Veranstaltung ebenfalls herzlich willkommen, es ist hier Gelegenheit geboten, sich einige Stunden im Kreise Gleichgesinnter von den Alltagsorgen zu befreien. Siehe Vereinsanzeiger.

Rastatt.

Neuordnung des Kommunalverbandes Rastatt-Land. In der Sitzung des Bezirksrats vom 27. 8. wurde u. a. auch die Neuordnung des Kommunalverbandsauschusses Rastatt-Land nach der Verordnung des Bad. Ministeriums v. 31. Juli erörtert. Darnach sind in Zukunft die Mitglieder des Bezirksrats gleichzeitig auch den Kommunalverbandsauschüssen. Anstelle der im städtischen Kommunalverband Rastatt anwesigen Bezirksräte Stier und Reinfelder wurden zu Mitgliedern des Kommunalverbandsauschusses die Herren Glunz und Rupprecht (Gaggenau) aus dem bisherigen Ausschuss hinzugewählt. Ferner wurden je ein Unterentschuss für Weizengetreide und Mehl, für Schlachtvieh und Fleisch, sowie für Milch und Fett gebildet. Den Unterentschüssen gehören folgende Mitglieder an: I. Unterentschuss für Weizengetreide und Mehl: 1) Mitglied des Spracher in Weinsbach, 2) Bezirksrat Schäfer in Durmersheim; II. Unterentschuss für Schlachtvieh und Fleisch: 1) Bezirksrat Spracher in Weinsbach, 2) Bezirksrat Kraut in Gaggenau; III. Unterentschuss für Milch und Fett: 1) Bürgermeister Schäfer in Ruggensturm, 2) Bezirksrat Wende in Ottenau. In allen drei Unterentschüssen wurde der Geschäftsführer des Kommunalverbandes, Herr Reichsmann Blich, hier, als stellvertretender Vorsitzender bestellt. Der Kommunalverbandsauschuss soll nach der Verordnung des Ministeriums mindestens einmal im Monat zusammentreten. Ueber

die Beschlüsse des Ausschusses wird in Zukunft ein kurzer Bericht in den Tagesblättern veröffentlicht werden.

1. Durchgangslager. Täglich kommen von auswärts viele Arbeitslose nach Rastatt, welche im hiesigen Durchgangslager Arbeit suchen. Wie die Lagerkommandantur bekannt gibt, finden Arbeiteremittelungen bis auf weiteres nicht statt, sobald Gesuche und Vorstellungen zwecklos sind.

2. Beratungskonferenz für Lungenkranke. Am Samstag, den 6. Sept., nachmittags 4 bis 5 Uhr, wird von der Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke eine Beratungskonferenz im Bürgerhospital Rastatt abgehalten.

Mchern.

3. Lebensmittelkommission und Kartoffelnot. In den letzten Tagen sind in den „Badischen Nachrichten“ mehrfach Stimmen laut geworden, welche der Lebensmittelkommission die Schuld untergeschoben möchten, weil der größte Teil der hiesigen Einwohner schon seit langem ohne Kartoffeln ist. Zunächst ein Wort zur Kartoffelversorgung im Herbst letzten Jahres. Durch die unternormige Ernte und den hohen Preis seitens der bestehenden Klasse war es der ärmeren Bevölkerung nur vereinzelt möglich, aufgrund ihres Besitztums von den Landwirten Kartoffeln zu erhalten, um sich für den Winter einzudecken. Den Reich- oder Mäßigerebenedeten wurde damals auf dem Bürgermeistertag der „Hoffnungsschleife“ gewidmet, daß den betreffenden Familien die fehlenden Kartoffeln durch den Kommunalverband nachgeliefert werden. Man wartete von Woche zu Woche und von Monat zu Monat, die Nachlieferung der Kartoffeln aber blieb aus. Es folgte die Hemmung der Truppen, wodurch die Kartoffeln in mancher Familie eine Vermehrung erfuhr, wodurch der kleine Kartoffelbedarf desto größer zur Reize ging. So rief sich dann ein Teil dieser Notleidenden veranlaßt, gegen die bestehende Kartoffelnot zu demonstrieren; dies war Anfangs Februar ds. Jrs. im Saale zum „Löhnen“, wobei auch die Behörden des Kommunalverbandes und der Gemeinde eingeladen waren, jedoch keine Folge leisteten. Daß die betr. Artikelreiber der „B. N.“ zu jener Versammlung erschienen sind ist auch nicht anzunehmen, ansonst würden sie eines besseren Bescheid sein und von der Lebensmittelkommission nicht die Herbeiführung der Kartoffeln verlangen. Jedenfalls darf man die Angriffe der „B. N.“ zu den „Gütergebeden“ gähnen. Nun aber ist auch bei ihnen der Vorrat zur Reize gegangen und möchte deshalb die Lebensmittelkommission — mit anderen Worten die Arbeiterschaft — an den Komm. Verb. sehen. Dazu brauchen wir aber solche Leute, die sich um die Interessen der Arbeiterschaft ja sonst auch nicht kümmern, nicht. Dasselbe gilt dem Artikelreiber in Nr. 208 des „Mch.“ und „Mühlburg-Post“. Wenn die ausübende Regierungsbehörde — die Kommunalbehörde — erklärt, sie sei den Landwirten gegenüber machtlos, so dürften sich auch schließlich die Angriffe der „B. N.“ überlegen, daß auch letztere unter solchen Umständen nicht für Absicht sorgen kann, umsonst, als dieselbe für den Verkauf von Kartoffeln keine Rechte hat.

Offenburg.

Aus der Stadtratsitzung vom 3. Sept. Das Bad Ries ist zum Preise von 55 000 M an Waidbruderleber Kupferer verkauft. Die Stadt macht jedoch vom Boverkaufrecht Gebrauch und will dieses Bad bei Eintritt günstiger Verhältnisse als städtisches Bad ausbauen. — Die Eingabe der Notstandsarbeiter zwecks Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern wurde einer besonderen Kommission überwiesen. Als Mitglieder zu dieser Kommission wurden von unserer Seite bestimmt die Genossen Kartellvorstand Berl und Bestner. — Ferner wurde einstimmig beschlossen, die städtischen Inzerate auch im „Vollfreund“ zu veröffentlichen.

Aus dem besetzten Hannoverland.

Gemeinderatswahl. Bei der am Sonntag den 31. Aug. stattgefundenen Gemeinderatswahl in Neß mit Sundheim entfielen auf die Liste der Sozialdemokraten 4, der Demokraten 4, der Bürgervereinigungen 4 und des Zentrums 1 Vertreter. Von unserer Seite sind außer den beiden hiesigen Gemeinderäten Albert Baumgartner und Joseph Hummel neu gewählt worden: Math. Keller und Karl Schützer, letzterer aus Sundheim.

In der Kehler Kleinwohnungszone Mittelplatz, welche 1914 unter Bürgermeister Dietrich angelegt wurde, sind sich vor dem Kriege sehr günstig entwickelte, werden wieder 8 Häuser erstellt. Der Preis eines Hauses dort betrug vor dem Kriege gegen 8000 M und kommt jetzt jedoch auf ungefähr 40 000 M zu stehen. Der Handel mit Häusern scheint auch im besetzten Neß zu florieren. Das Hotel zum „Salmen“ ist zum Preise von 170 000 M in den Besitz der Aktionärsvereinigungen übergegangen. Die Wirtschaft soll bestehen bleiben, im Saal sollen Büros für die Käuferin und in den oberen Räumen Büros für Schiffahrtsgesellschaften eingerichtet werden. — Die bekannte Eisenhandlung E. Ringold geht in den Besitz einer Straßburger Gesellschaft über. — Das Gasthaus zum „Engel“ hat Barockschmied Wagner gekauft. — Auch verschiedene Privathäuser haben ihren Besitzer gewechselt.

Pforzheim, 4. Sept. In der letzten Zeit ist in Dillweihenfeld der Typhus wieder aufgetreten. Unter dem Verdachte, von der Krantheit befallen zu sein, sind etwa 100 Personen ins Krankenhaus gekommen, es steht aber noch nicht fest, ob tatsächlich bei allen Typhuskrankung vorliegt.

Mühlburg, 5. Sept. Gestern Donnerstag Abend spielte sich hier ein Eiferdrama ab. Der ledige Fabrikarbeiter Daniel Hrdt hatte die Fabrikarbeiterin Anna Kapp am hiesigen Bahnhof ab und verheiratet derselben mit einem Dolch zwei lebensgefährliche Stiche. Nach der Tat flüchtete Hrdt der Polizei entlauf gegen Etilingen zu, legte sich vor eine herankommende Lokomotive auf die Schienen, jedoch der Kopf abgefahren wurde. Das schwerverletzte Mädchen wurde nach Pforzheim ins Krankenhaus überführt. Die Weiden sind Wirkung der 20er Jahre gel.

Hügelsheim, 2. Sept. Wir führten kürzlich darüber Klage, daß die Gemeinde Hügelsheim es nicht für nötig hält, die Auslandslebensmittel zum vorgezeichneten billigen Preis abzugeben. In der „Rastatter Zeitung“ wird nun aus Hügelsheim, — wie es scheint, von zuständiger Stelle — geschrieben, daß es gar nicht richtig gewesen wäre, den Aufschub für sämtliche, auch noch kommenden Auslandslebensmittel zu gewähren, da in vielen Fällen nur die Versorgungsbedürftigen in Betracht kommen, die von denselben erhalten, und es deren in unserem Orte sehr wenige sind im Verhältnis zu den Selbstverforgern, und zwar handelt es sich hier nicht nur um die ärmeren Volksschichten, sondern vielmehr mit ganz wenigen Ausnahmen um die besseremittelte Bevölkerung, welche ihr Geld nicht mit so viel Schwelgerei verdienen muß, wie der Landwirt. — Wenn es auch schwer ist, aus diesem zu finden, so glauben wir doch das Nützliche getroffen zu haben, wenn wir annehmen, daß die Hügelsheimer Selbstverfoger, die wohl im Gemeinderat fast vertreten sind, die Verbilligung der Auslandslebensmittel deshalb ablehnen, weil diese nur den Selbstverforgern, das heißt also in erster Linie den Arbeitern, zu gute käme. Das badische Ministerium des Innern hat die Kommunalverbände erwidert, alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich

sind um die Zusage der Reichsregierung in die Tat umzusetzen. Welche Maßnahmen wird der Kommunalverband Rastatt-Land gegen die Gemeinde Hügelsheim treffen?

1. Au a. M. Das diesjährige Gemeindebudget auf der Gemarung Au brachte bei der Verfertigung den Erlös von 17 000 M, eine noch nie dagewesene Summe. Der bisher höchste Ertrag wurde im Jahre 1917 erzielt mit 14 000 M.

2. Waldorf bei Wiesloch, 4. Sept. Eine Anzahl Landwirte war hier auf das Bürgermeistertag befristet worden, um ihre Unterschrift zur Abgabe der von der Behörde festgesetzten Menge Hafer zu geben. Die Bauern lehnten das Verlangen ab, weil sie zuerst wissen wollten, was den Hafer erhalte. Man habe keine Lust, Dändeln und Schlägen, die sich während der Revolutionszeit billige Pferde zu beschaffen wußten, noch den Hafer zu liefern.

3. Ueberlingen, 8. Sept. Die Postagenturfahrten des Zeppelin-Schiffes „Vodenet“ zwischen Friedrichshafen und Berlin sind bis jetzt trotz der an manchen Tagen herrschenden sehr ungünstigen Witterung ohne Zwischenfall glatt verlaufen. Für die in den nächsten acht Tagen stattfindenden Fahrten von Friedrichshafen nach Berlin und zurück sind bereits sämtliche Sitze belegt.

4. Gaststube für Starkstromkaskadeure. Das Landesgewerbeamt in Karlsruhe beabsichtigt vom 8. November bis 18. Dezember ds. Jrs. einen Gastkurs für Starkstromkaskadeure und verwandte Gewerbe über Wesen, Entwerfen, Berechnen und Verlegen von elektrischen Beleuchtungs- und Motorenanlagen zu veranstalten. Die Zulassung zu dem Kurs ist von dem Nachweis einer mindestens einjährigen Tätigkeit im Starkstromkaskadeuregewerbe abhängig. Der Unterricht ist unentgeltlich. Anmeldungen sind bis spätestens 15. Oktober an das Landesgewerbeamt einzureichen.

Die hohen Hoferaufgaben. In einer Eingabe an die badische Regierung nimmt der badische Bauernverein gegen die Höhe der der badischen Landwirtschaft auferlegten Hoferaufgaben, die ihm entsprechend der Gesamtproduktion des ganzen Reiches unverhältnismäßig hoch erscheint, Stellung und verlangt dringend eine Ermäßigung derselben, wie sie dem Ernteausfall und unseren kleinbäuerlichen Verhältnissen entspricht. Gleichzeitig verlangt der bad. Bauernverein, daß der Höchstpreis für die von der Umlage freigelassenen Hoferaufgaben aufgehoben wird. Gegenüber diesen Klagen über die hohen Hoferaufgaben wird amtlich darauf verwiesen, daß diese Auflagen von der Reichsregierung ausgehen und daß die badische Regierung mit allem Nachdruck gegen die Höhe der Auflagen vorgeht.

Aus der badischen Arbeiterschaft. Am letzten Samstag fand in Karlsruhe eine Tagung der Vorstände und von Mitgliedern der Bezirksvereine Rastatt, Etilingen, Karlsruhe, Durlach und Pforzheim statt, in welcher man sich auf folgenden Wahlvorschlag für die Reichstagswahlen im badischen Reichertum einigte: 1. Vorsitzender Hauptlehrer Hofmann-Helberding 2. Vor. Kleinmuth-Pforzheim, Schriftführer Mühlburg-Mannheim und Redner Hermann-Mittelbach. Diese Liste enthält Vertreter aller schulpflichtigen Richtungen im Bad. Reichertum und es wird angenommen, daß sie aus diesem Grunde in der badischen Arbeiterschaft lebhaften Beifall findet. Als Beirat für den Kreis Rastatt Karlsruhe-Pforzheim wurde Hauptlehrer Hellmuth-Durmersheim aufgestellt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 5. September.

Die Wohnungsnot.

Ueber die größte Katastrophe unserer Zeit, die Wohnungsnot, gibt ein den Zeitungen beigelegtes Rundschreiben des Werbeauschusses für das Heimstättenwesen folgende Kunde. Es heißt darin:

„Eine nie dagewesene Wohnungsnot lastet auf unserm schwer geprüften Volk. Tausende von Soldaten finden nach der langersehnten Rückkehr zu ihrer Familie nicht einmal eine eigene Wohnung. Zahlreiche Kriegesverletzte und junge Leute, die nach langer Wartezeit sich jetzt verheiraten, müssen in ganz unzulänglichen Häusern Unterkunft suchen. Allenfalls treffen sie wie Wohnungslose, die der Menschwürde Hohn sprechen. In kleinen, schlecht unterhaltenen Räumen sind Familien von sechs, sieben und mehr Köpfen zusammengedrängt, darunter bisweilen Träger ansteckender Krankheiten. Die Ergebnisse, die die badische Wohnungsaufsicht in drei Jahrzehnten erreicht hat, sind vernichtend.“

Die Not der Mieter verleiht den Hausbesitzern eine ungeheure Macht und führt zu Mietssteigerungen, die vielfach jeden berechtigten Maßstab beiseite lassen. Der gesellschaftliche Mietzins vermag dieser wirtschaftlichen Mächte ebenso wenig Herr zu werden, wie die staatliche Zwangsmittelwirtschaft des Schleichhandels- und Lebensmittelmachers.“

Man muß dem leider zustimmen. Aber eine Frage muß man immer wieder aufwerfen: Was ist so fern? Der Satz „der gesellschaftliche Mietzins vermag dieser wirtschaftlichen Mächte ebenso wenig Herr zu werden, wie die staatliche Zwangsmittelwirtschaft des Schleichhandels- und Lebensmittelmachers“, wird allgemein nur bedingungsweise anerkannt. Der Mietzinsverweigerer ist zweifellos diejenige Spezies, der mit den jetzigen Bestimmungen am besten beizukommen wäre, wenn man der Rücksichtslosigkeit der Hausbesitzer mit der gleichen Rücksichtslosigkeit begegnen würde. Davon merkt man aber nichts. Wir wollen damit nicht sagen, daß nichts geschieht. Alle Aufschläge unterliegen der Zustimmung des Mietvereinsamtes, aber dabei werden die Mieten immer teurer und teurer. Zu welcher anderem Schicksal soll man da kommen, als daß der Hausbesitz mit Glacehandschuh angefaßt wird. Die starke Faust will das Volk endlich sehen.

Frauenversammlung.

In einer Versammlung der Frauenaktion des sozialdemokratischen Vereins in der „goldenen Krone“ sprach gestern Abend Gen. Schwarz über das Thema „Die Aufgaben des badischen Parteitag“. Redner verband den anwesenden Frauen ein gedrucktes Bild der wichtigsten Aufgaben der Partei für die nächste Zeit zu geben, worin er umgekehrten Beifall erntete. Der zweite Punkt betraf Erziehungswahlen auf verschiedenen Tagungen und Redner schenkte. Die Redner wurden wie folgt erledigt: Frauenaktion 1. Vorsitzende Fischer, 2. Vorsitzende Schwarz, Delegation zum Parteitag Müller, Frauenkongress Bernauer, in der Vorstand des sozialdem. Vereins Müller und Unterentschuss der Frauenabteilung des Arbeitsamtes Schwarz.

Redaktion des „Vollfreund“. Genosse Schäpflin, M. d. N., der zur Nachfolge des verstorbenen Gen. Koll bestimmt wurde, hat mit heutigem Tage seine Tätigkeit als leitender Redakteur unseres Blattes aufgenommen.



Freie Turnerschaft Karlsruhe
 Heute Freitag, abends 7/8 Uhr
Turnrats-Sitzung
 im Lokal, wozu auch die Vorturnerschaft eineladen ist. — Sonntag nachmittag Beteiligung bei der **Flageinweihung** d. Turnerbunds Rintheim. Abmarsch 2 Uhr am Durlacher Tor. 6104
 Der Turnrat.



Gesangverein Badenia e. V.
 Samstag abend **Zusammenkunft** im Lokal. Vollständiges Erscheinen der Herren Sängereben. 6105
 Der Vorstand.



F.C. Frankonia Karlsruhe e. V. 1895.
 Samstag, 6. Sept. abends 8 Uhr **Spieler-Versammlung** im „Waldborn“.
 Sonntag, 7. Sept. auf dem Sportplatz beim städtischen Wasserwerk **S. f. B. Südabt I u. II** gegen Frankonia II u. III. Beginn 1/2 bezw. 8 Uhr. Nach dem Spiel **Sanz-Unterhaltung** im „Burghof“.
 Jeden Dienstag u. Donnerstag Training.



Karlsruher Fußball-Verein e. V.
 Schirmherr: Prinz Max von Baden.
 Geschäftsstelle Zirk. 29 — Telefon 1193.

Allgemeine Veranstaltungen.
 Jeden Dienstag u. Donnerstag 5 Uhr: **Fußball-Übung.**
 Jeden Mittwoch und Samstag 8 Uhr: **Stammtisch Moninger.**

Jeden Freitag 5 Uhr: **Übungen der Damen-Abteilung.**
 Sonntag, den 7. Sept. auf unserem Platz, verlängerte Hardtstrasse 1/4 Uhr

F.C. Basel I. gegen **K.F.V. I.**

2 Uhr: **Sp.-V.** Mannheim-Waldhof III. gegen **K.F.V. III.** Siehe auch Plakate!

Samstag, den 6. Sept. 8 Uhr im Moninger **Monats-Versammlung.**



Fussball-Verein Beierheim e.V.
 Sonntag, den 7. Sept. 1919 auf unserem Platze 1109
Sportfreunde Stuttgart.
 2., 3. u. 4. Mannschaft gegen 1., 2. und 3. von **Viktoria Durlach.**
 Beginn 10 Uhr, 1/2, 1/4 u. 5 Uhr. — Abends 6 Uhr i. Lok. Tanzunterhaltung. Samstag, d. 13. Sept. 1919, abends 7/8 Uhr im Lokal **Generalversammlung.**
 Der neue Tanzkurs beginnt im September und werden Anmeldungen im Lokal entgegen genommen.



Fußballklub Mühlburg e.V.
 Eigener Sportplatz 2. d. Borsellstr.
 Samstag, 6. Sept. 1919 **Generalversammlung** in der Westendhalle. Sonntag, 7. Sept. 1919 II. Mannsch. in Knielingen. III. und IV. Mannsch. auf unserem Platze gegen **F.-V. Knielingen II. u. III.** A. H.-Mannschaft in Grötzingen. 6110

Richard Horn Damen- und Herrenfrisier — Rheinstraße 45 — Anerkannt beste Bedienung **Haararbeiten Parfümerien und Toiletteartikel.**



Passen Sie auf!
 Kaufen Sie noch **Feuerzeuge** und **Gasanzünder** bevor die **hohe Steuer** kommt. 6098
Herabgesetzte Räumungspreise. Beachten Sie unsere Auslage.
Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.
 Karlsruhe I. B. Kaiserstr. 87.

Obst-Versteigerung.
 Auf dem marktgärtlichen Hofgut in Waxau wird **Samstag, den 6. September** nachmittags 1/4 Uhr, das diesjährige Obstsergebnis im Gewann **Langenraind**, meistens **Zwetschen, baum- und losweise** gegen Barzahlung auf dem Platze versteigert. Zusammenkunft im **Gutshof.** 5990
W. Vollmer.

Herren- und Damenhut-Fabrik Alfred Seidel Kaiser-Allee 23.
 Umpressen von Herren-, Damen- und Kinderhüten nach neuesten Modellen. Saubere Ausführung. — Schnelle Bedienung. 6072

Da der **Reichs-Verband Deutscher Mineralbrunnen u. die Vereinigung Mitteldeutscher Mineralbrunnen** den höheren Produktionskosten entsprechend, den Preis für die **Füllungen und Flaschen-Pfand** erhöht haben, sieht sich unterzeichneter Verein gezwungen, die Preise dementsprechend für 1/2 Liter-Flasche . . . um 5 Pfg. für 1 Liter-Flasche . . . um 7 Pfg. ab heute zu erhöhen, wozu noch das von den Brunnen vorgeschriebene **Flaschenpfand** hinzukommt.

Der Verein d. Mineralwasserfabrikanten von Karlsruhe und Umgebung. 6117

Mühlburg. Richard Horn Damen- und Herrenfrisier — Rheinstraße 45 — Anerkannt beste Bedienung **Haararbeiten Parfümerien und Toiletteartikel.**

Orts-Kartell freier Angestelltenverbände Karlsruhe
 Samstag, den 6. September in den Sälen der Festhalle

Bunter Abend mit TANZ
 unter gest. Mitwirkung der Herren **Baumbach, Grimme, Somann** und des **Kilian'schen Männersextett vom Landes-Theater**, sowie des **Orchester-Vereins Karlsruhe**, unter Leitung des Hrn. Kapellmeisters **Krohne.**
 Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7/8 Uhr
 Eintrittskarten zu 1.00 Mk., einschl. Steuer, sind erhältlich bei den Vorständen der angeschlossenen Verbände, im Büro des Ortskartells, Erbprinzenstrasse 17, in den Ertrichungsräumen der Warenhäuser Knopf und Tietz, in den Zigarren-Handlungen Fr. Töpfer, Ruppurrerstrasse 10, K. Riedling, Ecke Kaiseralle u. Körnerstrasse u. im Papiergeschäft Fr. Löwel, Rheinstrasse 32.

Orts-Kartell der freien Angestellten-Verbände:
 Zentralverband der Handlungsgehilfen
 Bund der techn. Angestellten und Beamten
 Deutscher Werkmeister-Verband
 Verband der Büroangestellten
 Deutscher Chorsänger- und Ballett-Verband.

Stadtgarten. Nur bei gutem Wetter.
 Freitag, den 5. September, abends 7/7-10 Uhr:
Musik-Vorführungen des **Musik-Vereins Harmonie**
 Leitung: **Hugo Rudolph.**
 Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 Pfg. Lustbarkeitssteuer.

Soziald. Verein Karlsruhe.
 Morgen Samstag abends 8 Uhr, findet zu Ehren der Delegierten des badischen Parteitag ein **Stadtgarten-Konzert** unter Mitwirkung des Musikvereins Harmonie und des Arbeiter-Chorvereins einschließlich des „Arbeiter-Frauenchor“ und des „Gemischten Chor“, Mühlburg, statt.
 Hierzu sind die Genossinnen und Genossen freundlichst eingeladen. 6186
 Der Vorstand.

Freitag abend 8 Uhr Sitzung
 (Centralrat der Angestellten-Ausschüsse) im Saal 3 der Brauerei Schreypp, Waldstr. 16/18.
 Das Erscheinen der Obmänner der Angestellten-Ausschüsse und der Vertrauensmänner der Angestellten ist unbedingt erforderlich. 6101
Arbeitsgemeinschaft der kaufm. Verbände Vereine für weibliche Angestellte
Ortskartell der freien Angestelltenverbände.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Elektromonteuere.
 Am Sonntag, den 7. September, vormittags 9/10 Uhr, im Restaurant Ziegler, Baumeisterstraße **Monats-Versammlung.**
 Tagesordnung: 6089
 1. Stellungnahme zur Feuerungszulage.
 2. Vortrag des Genossen Trinks über Betriebsräte.
 3. Verschiedenes.
 Kollegen erscheint vollständig bis auf den letzten Mann. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Karlsruhe.
 Mittwoch, den 10. September, nachmittags 1/5 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße Nr. 18 **Vertrauensmänner-Versammlung**
 Tagesordnung:
 Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte.
 Die Vertrauensleute und Vertreter der Arbeiter-Ausschüsse werden ersucht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. 6112
 Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft zur „Platane“.
 Bekannt für gute Speisen, der Zeit entsprechend. Hier, hell und dunkel aus der Brauerei Bring, gute reine Weine, bürgerlichen 5932
Mittags- und Abendtisch
 Kleines Nebenzimmer zu vergeben.
 Herren zum Essen werden angenommen.
 Es empfiehlt sich **Karl Kerner u. Frau.**

Bergebung von Bauarbeiten.
 Für die Kleinwohnhausbelegung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft in Untergrombach (Bezirk Bruchsal) sollen die nachverzeichneten Bauarbeiten vergeben werden:
 1. Grab- und Mauerarbeiten (Dachdeckung),
 2. Zimmerarbeiten,
 3. Wächnerarbeiten,
 4. Gipsarbeiten,
 5. Malerarbeiten,
 6. Schreinerarbeiten,
 7. Schlosserarbeiten,
 8. Malerarbeiten,
 9. Wasserleitung,
 10. Elektrische Lichtanlage,
 11. Ofenlieferung,
 12. Pfisterarbeiten.
 Die Unterlagen sind bei den bauleitenden Architekten Pfeifer u. Großmann in Karlsruhe, Velfordstraße Nr. 14, einzusehen, woselbst auch die Angebote verfloßen, mit Kennwort versehen, bis spätestens **Dienstag, den 11. September, nachmittags 5 Uhr**, einzureichen sind. 6100
 Untergrombach, den 5. September 1919.

Gemeinnützige Baugenossenschaft, G. m. b. H. Untergrombach.

Land- und Waldarbeiter
 wenden sich in allen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen an ihren Gauleiter **Hans Niedl** in Freiburg im Breisgau, Konradstraße 15 II. 6099